

## **Z u s a m m e n s t e l l u n g** **der Beschlüsse der 32. Sitzung des Hauptausschusses** **am 6. November 2006**

---

**Anwesend:** Herr Ocker )  
Herr Klaus )  
Frau Laue )  
Frau Treder )  
Frau Stöck-Wiese ) als Mitglieder  
Frau Holst )  
Herr Treu )  
Frau Krug ) 2. stellv. Bürgermeisterin  
  
Herr Dr. Fritzenkötter ) als Gast  
  
Herr Less ) von der Verwaltung

Es sind 6 Einwohner/innen anwesend, darunter

Herr Stein ) als Vorsitzender des Personalrates  
der Stadt Lütjenburg

**Dauer :** 19.00 – 20.50 Uhr

- - - -

### I Öffentliche Sitzung

Vor Einstieg in die Tagesordnung verweist Frau Holst auf einen Antrag der SPD-Fraktion, der unter dem TOP 5 "Verwaltungsstrukturreform/Zusammenlegung der Verwaltungen; hier: Öffentlich-rechtlicher Vertrag" behandelt werden soll.

### **1) Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten**

Die Tagesordnungspunkte unter I sollen öffentlich beraten werden.

(einstimmig)

### **2) Genehmigung des Protokolls über die 31. Sitzung vom 28. 09. 2006**

Gegen die Niederschrift wird folgender Einwand erhoben:

Der Beschluss zu II (Nichtöffentliche Sitzung) "Niederschlagung einer Forderung der Stadt Lütjenburg" wurde nicht korrekt wiedergegeben.

(einstimmig)

### **3) Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

### **4) Haushaltsüberschreitungen 2006 gem. § 4 der Haushaltssatzung**

Nach Erläuterung der genehmigten überplanmäßigen Ausgaben durch Herrn Ocker wird folgender Beschluss gefasst :

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen :

Die in der anliegenden Liste unter lfd. Nr. 10/2006 bis 11//2006 aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben werden zur Kenntnis genommen.

(einstimmig)

### **5) Verwaltungsstrukturreform / Zusammenlegung der Verwaltungen in Lütjenburg; hier: Öffentlich-rechtlicher Vertrag**

Herr Ocker verweist auf die in chronologischer Reihenfolge vorliegenden Unterlagen und gibt bekannt, dass der Amtsausschuss den korrigierten Vertragsentwurf bereits beschlossen hätte. In der folgenden ausführlichen Aussprache werden seitens der Mitglieder der SPD-Fraktion die folgenden wesentlichen Kritikpunkte moniert:

- Nichtberücksichtigung der Vorschläge der Kommunalaufsicht zu den Themen Wehrführer, Gleichstellungsbeauftragte, Zielformulierungen für die gemeinsame Verwaltung (s. Schreiben vom 26. 10. 06),
- Zustandekommen des Vertragsentwurfes
- Keine Einbindung der politisch Verantwortlichen
- Verstoß gegen demokratische Geflogenheiten
- Keine Einbindung des Personals
- Kehrtwendung von Maximalforderungen zu Minimalforderungen
- Fehlende Beratung und Verhandlungen im Kooperationsausschuss
- Umfang der noch offenen ungeklärten Fragen (z.B. Kündigung Mietvertrag Färberhaus, Aufwandsentschädigung Wehrführer, Einstellung einer Gleichstellungsbeauftragten, Besetzung der Stelle im Vorzimmer, künftige Einwirkungsmöglichkeit im Bereich des Tourismus, etwaige Kündigung von Softwareverträgen)
- Abwesenheit der Verhandlungspartner während dieser Sitzung
- Verwendung und Aufteilung der Prämie

Frau Krug als 2. stellv. Bürgermeisterin moniert, dass sie nicht informiert worden sei über die erfolgten Verhandlungen, Protokolle dazu fehlen würden und die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters nicht ordnungsgemäß übergeben wurden.

Aufgrund der Kritikpunkte zu diesem umfassenden Werk mit weit reichenden Konsequenzen wurde deshalb der vorliegende Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingebracht, mit dem die so genannte "Hochzeitsprämie" gesichert würde (Bemerkung: Zusicherung des Innenministeriums dazu läge mündlich vor) und gleichermaßen ausreichend Zeit vorhanden wäre, ein für die Stadt Lütjenburg akzeptablen Vertragsentwurf zu formulieren.

Frau Stöck-Wiese verweist ebenfalls auf zahlreiche offene Fragen, die in der Sitzung durch Vertreter der Stadt nicht beantwortet werden konnten und begründet auch ihre Ablehnung des eingebrachten SPD-Antrages mit dem letztendlich auch Fakten geschaffen würden. Da auch die Prämie nicht spürbar für die Stadt Lütjenburg und ihrer Bürger und Bürgerinnen verwendet würde, könnte man ebenso eine gesetzliche Regelung im Rahmen dieser Verwaltungsstrukturreform abwarten. Daneben habe sich die Stadt durch ausscheidendes Personal, das nicht vom Amt zu übernehmen sei, eingebracht.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion entgegnen, dass nur noch wenig Zeit zum Handeln sei und es äußerst fraglich erscheint, ob der Amtsausschuss auch seinerseits noch bereit wäre, Änderungswünsche zu akzeptieren. Aufgrund der zu erwartenden gesetzlichen Regelungen muss man akzeptieren, dass die Stadtverwaltung in eine dann größere Verwaltung eingehen müsste. Es wird jedoch auch das Angebot unterbreitet, die durch die SPD-Fraktion noch aufgeworfenen Fragen bis zur Sitzung der Stadtvertretung am 14. 11. 06 zu klären.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung in der Zeit von 20.12 Uhr bis 20.17 Uhr.

Mit der Fortsetzung der Sitzung wird der Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung gestellt. Der Antrag

Der Hauptausschuss beschließt, dass die Stadt Lütjenburg zum 01. 01. 2008 dem Amt Lütjenburg-Land beitrifft (§ 1/1 d. Vertrages).

Dieser Beschluss ist nicht rückholbar.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, diesem Beschluss zu folgen.

Ein entsprechender Vertrag, in dem nähere Einzelheiten geregelt sind, wird fristgerecht bis 31. 12. 06 beschlossen und vorgelegt.

wird bei 2-Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen sodann abgelehnt.

Mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung wird dann mehrheitlich der folgende Beschluss gefasst:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen :

Dem als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag über den Beitritt der Stadt Lütjenburg zum Amt Lütjenburg-Land zum 1. Januar 2008 wird zugestimmt.

## 6) Stellenausschreibung

Herr Ocker erklärt eingangs, dass die geplante Stellenausschreibung in der beabsichtigten Form nicht durchgeführt werden könne, da zukünftig nach der Zusammenlegung der Verwaltungen die Stadt in ihrem Haushalt mit Ausnahme des Dezernenten/der Dezernentin im Sinne der Gemeindeordnung kein eigenes Verwaltungspersonal aufführen dürfe. Es müsse nun geklärt werden, in welcher Form der Aufgabenbereich des ausscheidenden Amtsleiters 2 aufgefangen werden könne.

Nach Kritik und Meinungs austausch dazu wird bei 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen, diesen TOP zur Behandlung in die Fraktionen zu verweisen.

## 7) Verschiedenes

- Herr Ocker verweist auf
  - a) die anstehende Sitzung der Stadtvertretung am 14. 11. 06 im Feuerwehrhaus
  - b) die Einladung zum Volkstrauertag (Treffen in der Kirche, gemeinsamer Marsch zum Ehrenmal)
  - c) die anstehende Anliegerversammlung zum Ausbau der Kieler Straße am 23. 11. 06 im Soldatenheim "Uns Huus".
- Frau Holst fragt, ob Herr Brandt noch Vorsitzender einer Partnerschaftskommission sei.

Herr Ocker stellt klar, dass es Sache der jeweiligen Kommission sei, eine Nachbesetzung zu initiieren, sofern ein Vorsitzender aus der Kommission ausscheide.
- Auf Anfrage von Frau Krug erklärt Herr Ocker, dass z. Z. geprüft werde, ob die Dezember-Sitzung der Stadtvertretung am 13. 12. 2006 in den Räumlichkeiten des SOS-Kinderdorfes stattfinden kann.
- Frau Stölck-Wiese möchte wissen, warum die nächste Sitzung der Stadtvertretung im abgelegenen Feuerwehrhaus stattfinden soll und ob in der geplanten Anliegerversammlung zum Ausbau der Kieler Straße die Anliegen des Werkausschusses und des Bau- und Umweltausschusses gleichzeitig abgehandelt werden.

Herr Ocker teilt mit, dass für Sitzungen im Feuerwehrhaus keine Mieten anfallen würden, die zweite Frage könne z. Z. nicht beantwortet werden.
- Auf Anfrage von Herrn Klaus besteht Einvernehmen darüber, dass anlässlich des Volkstrauertages von den Fraktionen jeweils zwei Kranzträger bereitgestellt würden (Einfinden in der Kirche, anschließend gemeinsamer Marsch zum Ehrenmal).

Um 20.40 Uhr schließt Herr Ocker die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

## **II Nichtöffentliche Sitzung**

Um 20.50 Uhr stellt Herr Ocker die Öffentlichkeit wieder her und schließt die 32. Sitzung des Hauptausschusses.

-----

Vorsitzender

Protokollführer